

**Lucian Boia**

## **Geschichte und Mythos**

### **Über die Geschichte des Vergangenen in der rumänischen Gesellschaft**

Böhlau Verlag, Köln  
ISBN 3-412-18302-4

Bei der vorliegenden Studie des rumänischen Politologen und Historikers Daniel Barbu, geb. 1957 in Bukarest, handelt es sich um eine deutsche Übersetzung. Am Inhaltsverzeichnis fällt auf, dass die Kapitelüberschriften zu einem Großteil als Fragen formuliert sind. Mehrere Überschriften sind zwar mit einem Fragezeichen versehen, aber sprachlich nicht als Frage formuliert. Schon aus dieser Art der Formulierung sprechen eine gewisse Unsicherheit und die Instabilität, die die Transformation in Rumänien nach dem Zusammenbruch des Ceaușescu-Regimes und die Jahre danach kennzeichnet.

Nicolae Ceaușescu (1918-1989) ließ sich 1967 zum Staatsratsvorsitzenden wählen, wodurch er in Personalunion das Amt des Parteivorsitzenden mit der Funktion des formalen Staatsoberhauptes verband. 1974 wurde Ceaușescu, der den Nationalkommunismus zum ideologischen Prinzip erhob, in das neu geschaffene Amt des Staatspräsidenten gewählt. Die selbsternannte Front der Nationalen Rettung unter Ion Iliescu betrachtete sich 1990 als legitime Staatsmacht, und bei den rumänischen Parlamentswahlen vom 20.5.1990 wurde die Front der Nationalen Rettung mit über 60% der abgegebenen Stimmen zur stärksten politischen Gruppierung nach dem Sturz des Regimes gewählt. Bei den gleichzeitig abgehaltenen Präsidentschaftswahlen, den ersten freien Wahlen seit 1989, war Ion Iliescu mit 85% der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 86% im ersten Wahlgang zum Staatspräsidenten gewählt worden. Trotz dieses guten Ergebnisses sah sich die neue politische Führung unter Ion Iliescu mit Protesten konfrontiert. In den 1990er Jahren kam es erneut zur Unterdrückung von Demonstrationen unter Präsident Ion Iliescu; und nach dieser Lesart endete das totalitäre Regime nicht mit dem Machtwechsel vom 22.12.1989 und auch nicht mit der Hinrichtung von Ceaușescu.

Vielmehr gehen nicht wenige Historiker davon aus, dass totalitäre Strukturen sich in Rumänien auch nach 1990 aufrechterhielten. Der Autor, Direktor des Instituts für Politische Studien an der Universität Bukarest, analysiert in seiner Studie die jüngere rumänische Vergangenheit seit dem Sturz des kommunistischen Regimes. Die rumänische Revolution vom Dezember 1989 war verbunden mit grundlegenden Veränderungen des gesellschaftspolitischen Systems. In der zweiten Etappe der postkommunistischen Entwicklung, die bis etwa 1994 dauerte, überwogen Zweifel am Sinn der ganzen Revolution von 1989 und Ängste vor den unumgänglichen Reformen sowie schwindendes Vertrauen in die neuen demokratischen Institutionen. Er bezeichnet den Regimewechsel in Rumänien als eine „umgekehrte Revolution mit dem Gesicht zur Vergangenheit“ (S. 9). Diese Bezeichnung wäre legitim, da im Fall Rumänien der Staatssozialismus durch ein Regime der liberalen Demokratie ersetzt wurde, das dem Staatssozialismus chronologisch und logisch vorangegangen war. Überdies hätten die postkommunistischen Gesellschaften die Erinnerung an den Totalitarismus wie einen kulturellen Bruch behandelt und sozial funktionalisiert.

Nach Ansicht des Autors befindet sich die rumänische Gesellschaft immer noch in der Phase des Postkommunismus und hat bis heute keine demokratischen Formen zur Behandlung der Probleme der Gegenwart gefunden. Selbst 20 Jahre nach der Revolution sei die Politik der

rumänischen Regierung stärker von einer Kontinuität zur totalitären Vergangenheit als vom Bruch mit der totalitären Vergangenheit gekennzeichnet. Der Autor spricht von „Transformationsdemokratie ohne demokratische Legitimation“. Von dieser Fragestellung ausgehend zieht sich die Frage, welche Kräfte die Transformation Rumäniens vorantreiben oder behindern und wie verbunden sich die rumänische Gesellschaft nach wie vor mit ihrer totalitären Vergangenheit fühlt, als roter Faden durch das Buch. In diesem Zusammenhang wird das Verhältnis der Politik zur Gesellschaft in der Zeit des Kommunismus und während der Transformationsphase analysiert.

Die Demokratie in Rumänien ist für Lucian Boia virtuell. Er sieht die Ausübung der Politik weniger von einem Bruch als vielmehr von der Kontinuität zur totalitären Vergangenheit gekennzeichnet. Die Rumänen hätten die Politik der Rumänischen Kommunistischen Partei, die damals bis 1944 noch in der Illegalität wirkte, zwar als Last empfunden und den Totalitarismus aus dem Gedächtnis gestrichen, jedoch lehnten sie die Frage nach einem alternativen gesellschaftspolitischen System ab. Ob der Autorin einzelnen Fragen bezüglich des Zustandes der rumänischen Demokratie manchmal zu einseitig argumentiert, bleibt dahingestellt. In gewisser Weise hat er aber recht mit dem Hinweis auf die „nationale Flucht vor der persönlichen Schuld, die bei den Rumänen nach 1989 zu beobachten ist“ (S. 122); ob aber dem rumänischen Volk pauschal die Schuld für den Totalitarismus zugeschoben werden kann, darf sehr bezweifelt werden, trotz der Tatsache, dass 1989 rund 16% der rumänischen Staatsbürger der Kommunistischen Partei angehörten. Lucian Boia behauptet, dass die Nutznießer des Kommunismus zahlreicher gewesen seien als seine Opfer. Der Prozentsatz derer, für die der Kommunismus eine positive Lebensänderung, wie ein stabiles Einkommen und eine immer engere Bindung an den Staat bedeutete, beträgt zwischen 20 und 70 Prozent. Tatsächlich habe ein guter Teil der Rumänen heutzutage dem Kommunismus nicht viel vorzuwerfen; im Gegenteil, sie meinen, dem Kommunismus ihren sozialen Aufstieg zu verdanken.

Tatsache ist, dass sich die Rumänen von den Geschichtsmythen leicht beeindrucken lassen. Alle Ideologien haben zweifellos eine mythologische Komponente. Es existiert eine Vermischung zwischen Ideologien und Mythen. Der Unterschied liegt lediglich darin, dass eine Ideologie eine Systematisierung politischer Ideen in Anspruch nimmt. „Das kollektive Schicksal, die unfreiwillige Knechtschaft, das totalitäre Unglück – drei Mythen des rumänischen Kommunismus“ von Lucian Boia präsentiert einige Grundprobleme der Mythenforschung. Der Mythos einer Kollektivität sei immer noch in der modernen Totalitarismusforschung anzutreffen, und zwar in der Form pauschalisierender Interpretationsschemata für bestimmte Phänomene posttotalitärer Gesellschaften.

Auf S. 107 beschreibt der Autor die Inhaftierung der politischen Opposition im Überwachungsstaat Rumänien. Auf S. 125 differenziert er zwischen Widerstand, politischer, moralischer und krimineller Schuld. Bemerkenswert ist seine These, dass die Securitate, die 1948 gegründete Generaldirektion der Volkssicherheit, die dem Innenministerium unterstand und deren Mitarbeiter von sowjetischen Geheimdienstagenten überwacht und ausgebildet wurden, das Land in den Jahren 1948-1989 letztlich geführt hat und dass dem Geheimdienst die volle Verantwortung für die Taten des totalitären Regimes gebühre.

Boias scharfe Kritik an der „postkommunistischen Partidokratie“ und Klientelpolitik verdient uneingeschränkte Zustimmung. Seine generelle Kritik an der rumänischen Demokratie, die nach den „prämodernen Regeln einer Standesgesellschaft“ funktioniere (S. 294), kann nur unterschrieben werden: Die Parteien herrschen, aber sie regieren nicht. In der Frage nach der politischen Rolle des rumänischen Volkes („Wer sind die Rumänen?“ (S. 173)) sieht der Autor das Kernproblem der rumänischen Transformation. Er analysiert ihre politische Anerkennung und wirft die Frage auf, ob „die Rumänen“ nur ein Volk seien oder ob sie auch eine eigene politische Gesellschaft bilden. Offiziell und rein rechtlich wäre diese Frage mit dem Hinweis auf die rumänische Verfassung von 1991 beantwortet (Art. 1, Abs. 2: Die

Regierungsform des rumänischen Staates ist die Republik.). Diese Aussagen der neuen rumänischen Verfassung vergleicht er mit den Verfassungen anderer europäischer Staaten und stellt fest, dass Rumänien nicht allein da steht. Auf der Basis seiner Verfassung kann Rumänien nicht einmal eindeutig als Republik beschrieben werden. Rumänien erscheint also nicht als juristisches Produkt des souveränen Willens der Bürger, die sich in einer Republik konstituieren. Eine rumänische Mehrheitsethnie wird in eine rumänische Nation transformiert. Der postkommunistische Staat Rumänien ist daher keine Republik, sondern wird besser als „abwesende Politik“ beschrieben.

Lucian Boias Buch will keine umfassende Darstellung der rumänischen Transformation sein. Es möchte vielmehr von seinem ethnisch-politischen Standpunkt aus, eine Beschreibung der gesellschaftlichen Akteure und der Rahmenbedingungen geben, die den politischen Ideen und Praktiken in der Transformationsphase Rumäniens von 1990 bis 2000 Stabilität geben konnte. In dieser Periode erfolgte eine Beschleunigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung, die in Rumänien als gleichbedeutend mit Europäisierung und europäischer Integration angesehen wurde.

Der methodologische Ansatz Boias steht den Ideen der klassischen politischen Philosophen näher als jenen der zeitgenössischen Politikwissenschaft. Dagegen sieht der Autor die Methode der modernen Politikwissenschaft dadurch belastet, dass diese bis heute gewisse Ambitionen einer Politikwissenschaft hat.

Der Autor sieht es als seine Aufgabe, die Normen des gesellschaftlichen Lebens zu verstehen, verständlich zu machen und der rumänischen Gesellschaft ihre eigene Subjektivität entgegenzuhalten.

Alfred Bischoff (Berlin)